

AUSGABE VOM 15.DEZEMBER 2023

Konverter in Dorsten: Bund soll bei strittigem Standort vermitteln

Vor dem Hintergrund eines umstrittenen Konverter-Standorts für die Windstromleitung „Korridor B“ des Netzbetreibers Amprion im Dorstener Süden, dessen Genehmigungsverfahren Anfang 2024 angestoßen werden soll, hat sich CDU-MdB Michael Breilmann an die Bundesregierung gewandt. Er forderte Aufklärung, ob Bereitschaft besteht, den Konverter auf einer geeigneteren Fläche des im Bundeseigentum befindlichen Konzerns Uniper zu errichten. Darauf macht die BMWK-Antwort jedoch keine Hoffnung und macht sich weiter die Haltung von Uniper und Amprion zu eigen, dass am Kraftwerk Scholven wegen „Systemrelevanz“ keine Flächen zur Verfügung stünden. Breilmann ist von der Antwort enttäuscht: „Bürgermeister Stockhoff hat völlig recht, der Alternativstandort in Dorsten muss nochmals geprüft werden. Ich appelliere nochmals an Minister Robert Habeck sich vermittelnd einzubringen.“

Bundshaushaltsplan 2024: Trickserei der Ampel mit Ansage

Die nach langem Tauziehen erzielte Einigung der Ampel-Koalition auf einen Haushaltsplan für 2024 hat Unionsfraktionschef Friedrich Merz als Formelkompromiss bezeichnet. Merz sagte in seiner Antwort auf die Regierungserklärung des Bundeskanzlers am Mittwoch im Deutschen Bundestag voraus, dass die Ampel mit dem Geld nicht auskommen und ihre „finanzpolitische Trickserei“ fortsetzen werde. Die Bundesregierung hatte sich nach tagelangem Ringen auf einen Finanzrahmen für das nächste Jahr geeinigt. Dabei hatte sie zwar erklärt, die Schuldenbremse des Grundgesetzes endlich wieder einhalten zu wollen. Gleichzeitig hatte sie mit Blick auf den Krieg in der Ukraine



„Was Scholz als geordnetes Verfahren darstellt, ist in Wahrheit eine handfeste Regierungskrise, die bestenfalls mit einem Formelkompromiss abgeschlossen wurde“: Friedrich Merz in der Debatte am Mittwoch im Bundestag. (Bild: M.Wittig/CDU/CSU)

ne aber nicht ausgeschlossen, dass sich erneut eine Notsituation ergeben könnte, die die nachträgliche Aussetzung der Schuldenbremse erforderlich machen könnte. „Diesen Trick lassen wir Ihnen nicht durchgehen“, betonte Merz. Denn das Grundgesetz schreibe vor, dass eine Notlage unvorhergesehen sein müsse. Auf Antrag der Unionsabgeordneten hatte das Bundesverfassungsgericht bereits vor vier Wochen die Ampel der Finanztricksereien überführt. Wegen unzulässiger schuldenfinanzierter Sonderhaushalte gerieten der laufende Haushalt und der Etatentwurf für das kommende Jahr in Schieflage. Am Freitag stimmte der Deutsche Bundestag deshalb über einen Nachtragshaushalt 2023 ab.

Um dies zu ermöglichen, muss die Schuldenbremse nachträglich ausgesetzt werden. Der Bundshaushalt 2024 kann nun erst im Januar abgestimmt werden. „Die Lage in der Ukraine dient als Begründung, um das eigene Unvermögen zur Aufstellung eines soliden Haushalts zu kaschieren - ein durchschaubares Manöver“, kritisiert auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Breilmann. „Luftbuchungen und Hoffnungswerte beim Stopfen des Haushaltslochs wohin man schaut. Das ist gelebte Realsatire aber keine seriöse Haushaltspolitik“, so MdB Breilmann zum Abschluss der Sitzungswoche in Berlin. Mit der Haushaltskrise habe die Ampel komplett abgewirtschaftet.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

diese letzte Sitzungswoche des Jahres geht zu Ende. In unserem [CDU/CSU-Leit-antrag](#) lenkten wir daher den Blick auf unsere konstruktive Arbeit zur Halbzeit der



Wahlperiode. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und der Terror-Angriff der Hamas gegen Israel bestimmen die Weltlage. Die Sicherheitslage in Deutschland ist angespannt wie lange nicht. Inflation, Rezession, Klimawandel und Wohnungsnot stellen uns vor Herausforderungen. Zudem erleben wir eine Migrationskrise. Jetzt bräuchte Deutschland eine Regierung, die Führung übernimmt. Doch der Dauerstreit der Ampel liegt wie Mehltau auf dem Land. Wir haben zu allen Bereichen eigene Vorschläge erarbeitet. Wir stehen ein für eine seriöse Haushaltspolitik, die die Vorgaben des Grundgesetzes achtet und kommende Generationen nicht zusätzlich belastet. In der Asyl- und Flüchtlingspolitik wollen wir Humanität und Ordnung in Einklang bringen. Wir haben aufgezeigt, wie sich illegale Migration wirksam begrenzen lässt. Wir haben darauf gedrungen, die innere Sicherheit endlich wieder zur Priorität zu machen. Wir fordern eine Ausstattung für die Bundeswehr, die unsere Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit garantiert. In diesem Sinne werde ich auch 2024 meine Arbeit für die Menschen der Region fortsetzen. Deutschland kann es besser! Ich wünsche schöne Weihnachtstage.

Ihr

Michael Breilmann

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis
Recklinghausen I



Verbindungen zwischen Clans und Islamisten klären

Die Verbindungen von kriminellen Mitgliedern arabischstämmiger Clans zu Islamisten geben nach aktueller Einschätzung des Berliner Verfassungsschutzes Anlass zur Sorge. Vor diesem Hintergrund wollte der CDU-Bundestagsabgeordnete und Innenexperte Michael Breilmann in einer schriftlichen Frage von der Bundesregierung wissen, ob sie die Gefahr sieht, dass diese demokratie- und rechtsstaatsfeindlichen Gruppen ihre Aktivitäten und Mittel bündeln. Den Sicherheitsbehörden des Bundes liegen laut Antwort des BMI Erkenntnisse zu Überschneidungen von einzelnen Personen der arabisch-/türkeistämmigen Clankriminalität mit der islamistischen Szene vor. Die festgestellten Verbindungen ergäben aber laut BMI keine Anhaltspunkte, aus denen eine konkrete Gefährdung erwachse oder strukturelle Überschneidungen erkennen lasse. „Die Behörden nehmen den Sachverhalt dennoch verstärkt in den Blick“, teilte das Innenministerium Breilmann mit. Dazu sei eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe unter Leitung des BKA eingerichtet, in der die Erkenntnislage gebündelt wird. Erste Ergebnisse werden Frühjahr 2024 erwartet.

Erinnerungen und Gedanken an Karl Schiewerling



Im Beisein seiner Familie teilen Wegbegleiter aus Politik und Kirche am Mittwoch anlässlich einer Buchvorstellung im Bundestag ihre Erinnerungen und Gedanken an den Sozialpolitiker und besonderen Menschen Karl Schiewerling. Der 2021 verstorbene Politiker war „das soziale Gesicht“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der er 2005 bis 2017 angehörte. MdB Michael Breilmann nutzte dort die Gelegenheit auch zum Austausch mit seiner Kollegin Astrid Timmermann-Fechter sowie mit Dr. Franz-Josef Overbeck, dem in Marl geborenen Bischof von Essen, im Volksmund „Ruhrbischof“ genannt. „Karl Schiewerling verband in seiner Arbeit auf unverwechselbare Weise Prinzipientreue und Nähe zu den Menschen“, so Breilmann. (Bild: Privat)

Bauausschuss besucht Pergamonmuseum-Baustelle



Der Bauausschuss des Deutschen Bundestages war am Donnerstag zu Besuch auf der Baustelle des Pergamonmuseums in Berlin. Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung leitet dort das umfangreiche Vorhaben zur Grundinstandsetzung und Ergänzung auf der Museumsinsel. Im Rahmen des Rundgangs durch Bauabschnitt A im Pergamon-Museum gab es fundierte Erläuterungen und Stopps, u. a. am berühmten Pergamonaltar. CDU-MdB Michael Breilmann ist von der hochkomplexen Baustelle am Weltkulturerbe beeindruckt: „Gut, dass wir uns ein Bild vom Fortgang der Arbeiten und der Verwendung der Haushaltsmittel machen konnten. Wir müssen dieses Gebäude seinem Wert angemessen zukunftsfest machen.“ (Bild: privat)

„Klimafreundlicher Neubau“: Stopp ist Armutszeugnis

Das Bundesbauministerium hat am Donnerstagmorgen überraschend mitgeteilt, dass für das Förderprogramm Klimafreundlicher Neubau wegen ausgeschöpfter Mittel keine neuen Anträge mehr bei der staatlichen Förderbank KfW gestellt werden können. Kurz zuvor hatte die Ampel noch ausdrücklich hervorgehoben, dass das Programm von der Haushaltssperre ausgenommen sei und so die Erwartung geschürt, dass die Programmmittel ausreichen würden. „Der Stopp des Programms ist ein Armutszeugnis für die Baupolitik der Bundesregierung“, so CDU-MdB und Baupolitiker Michael Breilmann: „Wer wie die Ampel dem nächsten wichtigen Förderprogramm innerhalb von eineinhalb Jahren den Stecker zieht, hat den Ernst der Lage immer noch nicht verstanden. Vertrauen und Planungssicherheit hat die Ampel endgültig verspielt. Olaf Scholz hat sich als Kanzler für bezahlbares Wohnen inszeniert und mit dem Baugipfel das Bauen zur Chefsache gemacht. Heute sehen wir, dass er grandios gescheitert ist.“

Impressum:

Ausgabe Nr. 43 der 20. Wahlperiode

15. Dezember 2023

Herausgeber:

Bundestagsbüro M. Breilmann

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-72555

Email:

michael.breilmann@bundestag.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:

M. Breilmann MdB/Harald Häßler